
FDP Main-Kinzig

„GLEICHE VORAUSSETZUNGEN FÜR ALLE, DAS WÄRE FAIR.“ — FDP MAIN-KINZIG BESUCHT FRISEUR-INNUNG

17.10.2025

Eine Delegation der Freien Demokraten besuchte Anfang Oktober den Obermeister der Friseurinnung Dirk Specht zu einem Gedankenaustausch über die rechtlichen und politischen Bedingungen dieser Handwerksbranche. Unter Leitung des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Professor Joachim Fetzner kamen Kreistagsmitglied Kolja Saß, der Ronneburger FDP-Ortsvorsitzende Hans-Henning Gehrt und die stellvertretende Kreisvorsitzende Karoline Munk im Ronneburger Friseurbetrieb zusammen, den Specht in zweiter Generation führt.

Nicht klagen, sondern selber machen!

„Nicht nur über andere, die Welt und das Internet klagen, sondern erst mal selber die Hausaufgaben machen,“ kommt Specht zunächst auf klassische unternehmerische Tugenden zu sprechen und berichtet über die Herausforderungen, denen sich viele Betriebe gegenüber sehen. Das Internet habe natürlich mehr Transparenz geschaffen. Und Preise, die dort aufgerufen werden, sind in der Praxis oft nicht realistisch – jedenfalls nicht auf legalem Wege. Qualität und kluge Preiskalkulation sind das, was die Betriebe selber machen können und müssen. Die Innung biete hier durch entsprechende Seminare auch Unterstützung an.

Gleiche Regeln für alle!

Aber faire und gleiche Regeln müssen auch für alle durchgesetzt werden, übt Specht auch Kritik an komplexer Zuständigkeit in Behörden: „Wenn die eine Behörde in Stichproben den Mindestlohn kontrolliert und die andere für die Einhaltung von Tariflöhnen zuständig ist, dann ist das nicht wirklich schlau,“ erläutert der

Innungsvertreter. Dem stimmten die Liberalen zu und waren sich mit dem Obermeister auch darin einig: „Private und organisierte Schwarzarbeit sind eine Bedrohung für Betriebe und Staat gleichermaßen“.

Wird der Ehrliche der Dumme?

An Regeln und Gesetzen fehlt es ja wahrlich nicht, aber deren faire Durchsetzung wird oft nicht diskutiert. „Eigentlich sollte bei jeder Regulierung vorab gefragt werden, wie aufwändig eine faire und transparente Durchsetzung werden wird,“ fordert Fetzer und fügt hinzu: „Was nicht durchsetzbar ist, sollte auch nicht beschlossen werden, sonst ist am Ende der Ehrliche der Dumme.“

Aus aktuellem Anlass kommen die Anwesenden auch auf die Rückzahlungsforderungen für Coronahilfen zu sprechen. Hier hatte die Landesregierung Rückzahlungsandrohungen an zahlreiche Betriebe verschickt. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich massiv dagegen eingesetzt, was nun zum Aussetzen und zur Überarbeitung des Vorgangs führte.

Auch der Betrieb von Dirk Specht hat seinerzeit sogenannte Hilfszahlungen erhalten. „Jetzt holt man es von den Ordentlichen, die es geschafft haben,“ kritisiert Specht und der finanzpolitische Sprecher der Kreistagsfraktion Saß ergänzt: „Gerade die kleineren Betriebe sollen nun bestraft werden, die ihre Mitarbeiter nicht in Kurzarbeit geschickt haben. Das muss in die nun vorgesehenen Korrekturen eingearbeitet werden.“

Der Staat sollte bei den Rückforderungen ohnehin zurückhaltend sein, wünscht sich Fetzer, denn unmittelbarer Anlass der sogenannten „Hilfen“ sei ja ein Quasi-Berufsverbot gewesen, das der Staat ausgesprochen habe: „Das ist so ähnlich als würde man jemanden am Selber-Schwimmen hindern, dann einen Rettungsring zuwerfen und für diesen dann später zahlen lassen,“ wählt der Fraktionschef einen drastischen Vergleich.

Verlässlichkeit in der Politik

Was Dirk Specht besonders ärgert: Dass man damals davon ausgehen musste, dass es sich um feste Zusagen gehandelt habe. Würde er bei seinen Kunden Zusagen nicht einhalten, dann kämen diese einfach nicht wieder. „Wenn aber der Staat seine Zusagen nicht einhält, dann kann ich mir nicht einfach ein anderes Land suchen,“ erläutert der Obermeister den Unterschied zwischen Markt und Staat.

„In der Politik muss wieder mehr Verlässlichkeit her,“ waren sich alle Anwesenden einig

und freuten sich gemeinsam, dass die Forderungen der FDP-Opposition im Landtag in diesem Fall zu etwas Einsicht und Verlässlichkeit beitragen konnte.